

Allgemein/Sozialstaat

1. Halten Sie die finanzielle Ausstattung der Kommunen, die immer mehr soziale Aufgaben mit steigenden Kosten (z.B. in der Eingliederungshilfe) übernehmen müssen, für ausreichend oder müssten diese aus dem Gesamtsteueraufkommen (z.B. Anteil Einkommensteuer/Umsatzsteuer) nicht mehr erhalten?

Antwort: Die finanzielle Ausstattung vieler Kommunen reicht derzeit nicht aus, um ihre wachsenden Aufgaben angemessen zu bewältigen. Die Konnexität muss gewährleistet sein – das heißt, wenn Kommunen zusätzliche soziale Aufgaben wie die Eingliederungshilfe übernehmen, müssen sie dafür auch ausreichend Mittel erhalten.

Darüber hinaus wollen wir Kommunen gezielt von großen Sanierungsaufgaben entlasten. Viele Städte und Gemeinden können die dringend benötigte Modernisierung von Schulen, Sporthallen, Brücken und Straßen nicht allein aus laufenden Haushalten stemmen. Deshalb setzen wir uns für einen Deutschlandfonds ein, der kommunale Infrastruktursanierungsprojekte finanziert und damit sicherstellt, dass öffentliche Einrichtungen und Verkehrswege nicht weiter verfallen.

2. Sind die sozialen Fürsorgeleistungen und die sozialen Versicherungsleistungen (Rente/Krankenversicherung) Ihrer Ansicht nach zukunftssicher finanziert und wo bräuchte es Veränderungen?

Antwort: Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland stehen vor erheblichen Herausforderungen, insbesondere durch den demografischen Wandel.

Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir die gesetzliche Rente schrittweise zu einer Bürgerversicherung weiterentwickeln. Dafür sollen auch Abgeordnete in die gesetzliche Rente einzahlen und auch nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen. Auch Beamt*innen sollen perspektivisch, unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche Rente einbezogen werden.

Wir halten an der Rente mit 67 fest und werden das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent halten und nachhaltig stabilisieren. Wir schaffen Anreize und machen es den Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden. Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung eine ergänzende Kapitaldeckung – und zwar ausschließlich mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund.

Wir setzen uns für eine Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer Gesellschaft ein, die verlässlicher und gerechter ist als der Status quo. Basis hierfür ist eine faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Unser Ziel ist die Bürgerversicherung, die neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich des Gesundheitssystems einbezieht.

In den vergangenen Jahren wurden den Versicherungen jedoch viele Kosten zugeschoben, die aus Steuermitteln hätten finanziert werden sollen. Diesen Trend wollen wir umkehren und damit die Versicherten und die Arbeitgeber von versicherungsfremden Leistungen entlasten. Gleichzeitig braucht es auch mehr Effizienz und Digitalisierung, um Kosten zu senken.

3. Der Sozialstaat ist sehr komplex und es gibt für verschiedene Lebenslagen sehr unterschiedliche Leistungsträger und insgesamt sehr aufwendige Antragsverfahren. Ein großer Anteil sozialer Beratung ist heute nur noch die Hilfe bei der Durchsetzung von Ansprüchen.

Was könnte und sollte man da verbessern? Kann man Leistungen zusammenfassen? Wenn Sie einen politischen Zauberstab hätten und das System ganz neu ordnen könnten, was wäre ihre grundlegenden Ideen?

Antwort: Damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. Die Leistungen sollen so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig sein. Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausbezahlt werden kann. Diese Reform erfordert einen breiten partizipativen Prozess. Ein wichtiger Schritt wäre die Digitalisierung und Zentralisierung des Systems mithilfe einer Deutschland-App, in der Bürgerinnen und Bürger neben KfZ-Zulassung und den Personalausweis auch Sozialleistungen zentral beantragen und verfolgen können. Durch Modernisierung und Automatisierung, auch durch den Einsatz von KI und die Nutzung übergreifender Synergien innerhalb der Verwaltung, kann der Arbeitsaufwand für Verwaltungsprozesse geringer werden. Auch der Nationale Normenkontrollrat hat in einem Gutachten aus März 2024 konkrete Wege aufgezeigt, die Komplexität des Sozialstaats zu reduzieren.

Bürgergeld

4. Was ist bei der derzeitigen Gestaltung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Bürgergeld) ihrer Ansicht nach änderungsbedürftig?

5. Halten Sie die Höhe des Regelsatzes des Bürgergelds für richtig, zu niedrig, zu hoch?

Antwort:

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben. Steigende Mieten, höhere Lebensmittelpreise und Energiekosten treffen gerade diejenigen besonders hart, die ohnehin wenig haben. Deswegen haben wir Hartz IV überwunden und mit der Einführung des Bürgergeldes einen wichtigen Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gemacht. Das Bürgergeld soll vor Armut schützen, indem es ein soziokulturelles Existenzminimum gewährleistet und die Teilhabe an unserer Gesellschaft ermöglicht. Wir lassen nicht zu, dass der Regelsatz darunter sinkt. Deshalb passen wir das Bürgergeld regelmäßig an, damit das soziokulturelle Existenzminimum immer garantiert ist. Die Leistungen werden wir perspektivisch individualisieren. Statt arbeitslose und arbeitende Menschen gegeneinander auszuspielen, unterstützen wir die Menschen, fördern gesellschaftliche Teilhabe und sorgen gleichzeitig für gute und auskömmliche Arbeit. Denn unser Ziel ist es, dass Menschen, die arbeiten, immer mehr im Geldbeutel haben. Zu einer verlässlichen sozialen Sicherung gehört für uns daher auch, ein angemessener Mindestlohn und prekäre Beschäftigung abzubauen. So stärken wir Menschen in Zeiten des Wandels, geben Halt und Sicherheit und eröffnen Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben.

6. Es gibt bereits die Möglichkeit, dass die JC zur Arbeitsmarktintegration verpflichtende Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten oder Teilhabe (16 e und i SGB II) nutzen. Halten Sie eine weitergehende Arbeitspflicht- und wenn ja in welcher Form- für arbeitsfähige BürgergeldempfängerInnen für richtig?

Nein.

7. Von den Kosten des Bürgergelds wird über die Hälfte für Verwaltung ausgegeben und die JC widmen jedes Jahr mehr Mittel aus dem Geld für Eingliederung für ihre Verwaltung auf. Gleichzeitig erleben wir, dass die persönliche Betreuung und vor allem die Zugänglichkeit für Hilfesuchende abnehmen. Müsste man das ändern und wenn ja, wie?

Antwort:

Die Eingliederungshilfe wollen wir verbessern und vereinfachen, damit Betroffene niedrigschwellig, möglichst digital, schnell und aus einer Hand Zugang zu Leistungen erhalten. Dazu gehört es auch, die Durchsetzung sozialrechtlicher Ansprüche auf Teilhabe bei Behörden und Gerichten zu beschleunigen und die Schnittstellen zu anderen Sozialgesetzen im Sinne der Menschen mit Behinderung zu überarbeiten. Bund, Länder und Kommunen sollen gemeinsam Lösungen zur Sicherstellung der Finanzierung der Eingliederungshilfe entwickeln.

8. Trotz anderer Berechnungen von Experten wird vielfach behauptet, dass Lohnabstandgebot zwischen niedrigen Löhnen und der Grundsicherung stimme nicht mehr. Halten Sie in diesem Zusammenhang einen höheren Mindestlohn für eine Option oder sehen Sie andere Ansätze?

Antwort: Faire Löhne verlangen nach einem fairen Mindestlohn, damit Leistung auch anerkannt wird. Um die Inflation der vergangenen Jahre auszugleichen, braucht es jetzt einen schrittweise steigenden Mindestlohn von zunächst 15 Euro in 2025 und das auch für unter 18-Jährige. Hierfür verankern wir den Referenzwert von 60 Prozent des Medianlohns aus der EU-Mindestlohnrichtlinie in das deutsche Mindestlohngesetz. Und es braucht eine stärkere Tarifbindung. Denn wer nach Tarif arbeitet, verdient im Schnitt mehr und das unter besseren Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern. Durch ein Tariftreuegesetz werden wir größere öffentliche Aufträge des Bundes an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen, was deutlich mehr als 90 Prozent des gesamten Auftragsvolumens des Bundes umfasst. Wir wollen prüfen, wie wir bürokratiearm soziale Kriterien bei großvolumiger Fördermittelvergabe verankern können. Durch eine Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Ost und West wollen wir die Lohn- und Gehaltsunterschiede langfristig überwinden.

Wohnen

9. In vielen Ballungszentren und besonders auch in Heidelberg sind die Kosten für die Wohnungen eines der größten Armutsrisiken. Wenn bei sozialem Wohnungsbau am Ende auch Mieten von 12 € stehen, ist das keine wirkliche Lösung. Welches sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Ansätze auf Bundesebene?

Kann eine Änderung von Bauvorschriften helfen, die vorhandene oder eine andere Mietpreisbremse, oder?

10. Bezahlbarer barrierefreier Wohnraum wird in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger. Wie kann man in einer Stadt mit vielen „Bestandsgebäuden“ und wenig Neubauflächen

dennoch sicherstellen, dass alle Menschen die es wollen selbstbestimmt in ihrem eigenen zu Hause leben und altern können?“

Antwort:

Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit, besonders in Städten wie Heidelberg mit extrem hohen Mieten. Deshalb setzen wir als Grüne auf drei zentrale Ansätze: Mieten bremsen, billiger bauen und mehr Menschen den Weg zu Wohneigentum erleichtern.

Um Mieterinnen und Mieter zu schützen, werden wir die Mietpreisbremse verlängern und sie durch die Abschaffung von Ausnahmen verschärfen. Wir wollen die Mietpreisbremse außerdem bereits auf Wohnungen anwenden, die älter als fünf Jahre sind. Und wir werden Schlupflöcher schließen, etwa wenn Wohnungen nicht zu fairen Preisen, sondern übersteuert als möblierte Wohnung oder Ferienwohnung angeboten werden.

Um günstiger zu bauen, setzen wir auf eine Modernisierung der Bauvorschriften. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen. Wo möglich, wollen wir es erleichtern, dass die energetische Sanierung von Wohngebäuden mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Auch seriell errichtete Wohngebäude leisten bei nachhaltigen Bauweisen einen wirkungsvollen Beitrag, um Wohnraum schnell und preiswert zu schaffen. Diese Ansätze wollen wir stärken. Wir wollen außerdem bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büro- und Gewerbeflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen, zweckentfremdete und leer stehende Gebäude wieder aktivieren.

Gleichzeitig wollen wir mehr Menschen den Weg zu Wohneigentum ermöglichen. Wir wollen den Kauf und den Neubau des ersten, selbst genutzten Wohneigentums sowie den Umbau leer stehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker und sozial gerecht fördern. Damit unterstützen wir vor allem junge Familien durch zinsgünstige staatliche Kredite. Insbesondere sollen dabei die energetische Sanierung leer stehender Wohnungen, die Teilung von untergenutzten Einfamilienhäusern sowie Ausbauten für die Bereitstellung zusätzlichen Wohnraums gefördert werden. Wir entlasten bei den Nebenkosten wie den Makler- und Notargebühren. Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und die an den Klimaschutzziele ausgerichtet ist, erleichtert auch Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum

In einer älter werdenden Gesellschaft ist barrierefreier Wohnraum essenziell. Deshalb wollen wir den barrierefreien Umbau gezielt fördern und uns dafür einsetzen, dass altersgerechtes Wohnen im sozialen Wohnungsbau verstärkt berücksichtigt wird.

Sozialleistungen für Geflüchtete

11. Die Sätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind deutlich niedriger als die Regesätze in der Sozialhilfe. Halten Sie das richtig.

12. Die bundesweit eingeführte Bezahlkarte schränkt schutzsuchende Menschen weiter ein und senkt den Zahlungsaufwand kaum.

Halten Sie das Konzept für richtig und wenn ja warum?

Antwort: Politische Maßnahmen wie die Bezahlkarte müssen so ausgestaltet sein, dass sie Bürokratie verringern und Integration ermöglichen. Das haben wir in Hannover erfolgreich vorgemacht – ganz ohne unangemessene Bargeldobergrenze. Es muss immer sichergestellt werden, dass keine Kürzung unter das verfassungsrechtlich geschützte Existenzminimum erfolgt. Auch zu guter Gesundheitsversorgung wollen wir allen Menschen unbürokratischen Zugang ermöglichen.

Migration/Bildung

13. Die Gelder für Integrationskurse wurden im Haushaltsplan 2025 stark gekürzt. So kann z.B. der für die Integration in den Arbeitsmarkt wichtige B2-Kurs in der Mannheimer Abendakademie statt 12 mal nur 1 mal angeboten werden.

In den Zeiten von Fach- und Arbeitskräftemangel schwächt man so die Arbeitsmarktintegrationsmöglichkeiten von Migranten. Halten Sie das für sinnvoll?

Antwort: Nein, denn Kürzungen bei Integrationskursen kommen uns am Ende teuer zu stehen. Das hat meine Fraktion auch im parlamentarischen Verfahren zum Haushaltsentwurf 2025 kritisiert und sich für mehr Mittel eingesetzt. Bekanntermaßen konnten die Verhandlungen zum Haushalt 2025 nicht abgeschlossen werden.